

Kleindienst will Amtshaftung prüfen lassen

Straßenausbaubeitragserhebung ausgesetzt

Pößneck (OTZ/mko). Die Bürgerinitiative für Recht und Sicherheit Orla (Birso) Pößneck begrüßt das Urteil des Verwaltungsgerichtes Gera, in dem die Straßenausbausatzung der Stadt Pößneck für ungültig erklärt wurde (OTZ vom 21. November). Und behält sich offenbar weitere rechtliche Schritte vor.

Die Birso sei "auch mit unzähligen Widersprüchen und Klagen" gegen die Satzung vorgegangen, so Wolfgang Kleindienst, Chef des politisch aktiven Vereines, in einer Pressemitteilung. Kleindienst hat seit Jahren tatsächlich keine Gelegenheit ausgelassen, um die Satzung zu kritisieren. Gekippt wurde sie aber offenbar durch die Klage einer Grundstückseigentümerin, die nicht der Birso angehört.

Kleindienst zufolge würden neben den vom Gericht benannten "Verstößen" weitere vorliegen. "So werden z. B. auch Kosten für Oberflächensanierungen von Straßen unzulässig berechnet", heißt es in der Pressemitteilung. Die Birso will nun untersuchen, ob "vorsätzlich unzulässige Herstellungsbeiträge erhoben wurden", und stellt die Prüfung einer Amtshaftung in den Raum.

Ferner meint Kleindienst: "In Pößneck hat sich mit dem Urteil auch erwiesen, dass wiederkehrende Straßenausbaubeiträge nur scheinbar günstiger sind und politisch oft als tragbare Variante missbraucht werden." Vielmehr seien sie eine "Steuer bis an das Lebensende". Angesichts der dabei entstehenden Kosten sei die Erhebung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge nicht zuletzt "wirtschaftlich problematisch".

Die Linke will am Donnerstag einen Antrag in die Sitzung des Pößnecker Stadtrates einbringen, wonach die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen in der Stadt ausgesetzt werden soll. Udo Schäfer, Justiziar der Stadt Pößneck, hatte bereits vergangenen Donnerstag in einem OTZ-Gespräch dargelegt, dass bis zu einer neuen Straßenausbausatzung keine Beiträge mehr erhoben werden. Bürgermeister Michael Modde (Freie Wähler) kündigte an, dass er im Stadtrat Stellung zum Thema nehmen werde.